

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 10. Sitzungswoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

über alle Unterschiedlichkeiten der Lebensstile und Milieus hinweg will die Mehrheit der Bevölkerung Chancengerechtigkeit und Solidarität im Gesundheitswesen. Deshalb sind über 70 Millionen Menschen bei einer Gesetzlichen Krankenkasse versichert, sind Mitglieder der Sozialen Pflegeversicherung. Schwer wiegt das schikanöse Abwimmelverhalten der Krankenkassen gegenüber den Ummeldebestedungen von Versicherten der zum 01. Juli schließenden City BKK. Mich haben die Bilder von zumeist älteren, chronisch kranken Menschen in Warteschlangen vor Krankenkassen, die Berichte über ÄrztInnen, die Mitglieder der City BKK nicht mehr behandeln wollten, umgetrieben. Das ist ein Skandal.

Mittlerweile haben sich Kassenvorstände dafür bei den Versicherten der City BKK - in Berlin rund 80.000 - entschuldigt und Besserung gelobt. Das ist das Mindeste. Qua Gesetz haben die Versicherten das Recht auf freie Kassenwahl und selbstverständlich sind sie zu jeder Zeit versichert. Dieses Fehlverhalten von Kassen und einzelner ÄrztInnen ist mehr als ein „Imageschaden“. Es hat die Grundlagen der Solidarität berührt. Wirtschaftlichkeitsdenken darf nicht zum Schaden der PatientInnen und Versicherten führen und auch nicht gegen Recht und Gesetz verstoßen.

Die SPD hat als erste Partei im Deutschen Bundestag ein umfassendes Positionspapier zur Umsetzung der 2009 ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt. Es enthält zentrale Positionen und Forderungen, an deren Formulierung alle Facharbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion beteiligt waren. So auch ich für die Arbeitsgruppe Gesundheit. Die Bundesregierung hatte ihren Nationalen Aktionsplan für März 2011 angekündigt. Bisher liegt nur ein Referentenentwurf vor, der von den Betroffenen und ihren Fachverbänden weitgehend abgelehnt wird.

Ich danke der Berliner ASF, dass sie mich wieder zur Delegierten für den LandesFrauenRat Berlin e.V. gewählt hat.

Viel Spaß beim Lesen!

Mechthild Rawert



1)

Inhalt:

■ Gesundheit und Pflege

Pleiten von gesetzlichen Krankenkassen 2
Rede im Parlament

Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen 2

Reform der Pflegeausbildung 3

■ Inklusion: Behindertenrechte

Die UN-Behindertenrechtskonvention 3

■ Migration und Integration

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse 4

■ Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz

Wale, Delfine, Robben 5

■ Aus dem Bundestag

Regierungserklärung zum G8-Gipfel in Deauville 5

Bundeswahlgesetz ändern 6

Klagen gegen Kinderlärm verhindert 6

Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ erweitern 6

Teilhabe Älterer am Arbeitsleben ermöglichen 6

Namentliche Abstimmungen 7

Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland
Arbeitnehmerüberlassungsgesetz & Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

Für eine vielfältigere SPD 7

Ausstellungseröffnung: „22:14 und es kamen Frauen“ 7

Unser Grundgesetz lebt 8

Innovative Tempelhofer Ventilatorentechnik 8

Europa-Projekttag in Schulen 9

■ Einladungen/Terminhinweise 9

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Gesundheit und Pflege

Pleiten von gesetzlichen Krankenkassen und die Folgen für Versicherte



Der Deutsche Bundestag hat am 26.05. in einer Aktuellen Stunde über die Insolvenz der City BKK und die Folgen für die Versicherten diskutiert. Hintergrund der Debatte war die skandalöse Behandlung von Versicherten der zum 01. Juli in Insolvenz gehenden Krankenkasse City BKK in den letzten Tagen und Wochen. Öffentliche Entschuldigungen der Kassenvorstände waren das Mindeste. Ein besseres, rechtskonformes Verhalten ist nun angesagt.

Mangelnde Transparenz

Obwohl der Bundesregierung und dem Bundesversicherungsamt - sowie auch der Fachszene - bereits seit langem bekannt war, dass die City BKK aller Wahrscheinlichkeit nach in die Insolvenz gehen muss, ist keine Vorsorge für die Versicherten und die notwendigerweise zu vollziehenden Ummeldungen bei anderen Kassen getroffen worden. Die meisten Versicherten wurden überrascht und viele der älteren Menschen verunsichert.

SPD gegen Kopfpauschalen

Die City BKK hat die von der schwarz-gelben Bundesregierung ermöglichten Zusatzbeiträge eingeführt, was zu einem Weggang von abertausenden zumeist jungen und gesunden Mitgliedern führte. Wir SozialdemokratInnen befürchten, dass das Drama um die City BKK erst der Anfang eines langwierigen Prozesses ist. Ich finde, dass 30 bis 50 Kassen genug sind - möchte aber, dass der Prozess über den Weg der Fusion und nicht der Insolvenz läuft. Kassenreduzierung zu Lasten von insbesondere älteren, chronisch kranken und behinderten Menschen lehne ich jedoch ab. ExpertInnen von Schwarz-Gelb sagen voraus, dass die Zusatzbeiträge in wenigen Jahren auf 50 bis 70 Euro steigen werden. Das ist also schwarz-gelbe Gesundheitspolitik - eine einseitige Belastung der Versicherten.

SPD als Anwältin der PatientInnen und der Versicherten

Die Berliner SPD hat den verunsicherten Versicherten der City-BKK konkret Beistand geleistet. Mein besonderer Dank gilt Thomas Isenberg (MdA), gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Er hat ein Beschwerdetelefon eingerichtet, das sehr rege genutzt worden ist. So haben wir frühzeitig vom schikanösen Verhalten der Leistungserbringer erfahren und konnten auch entsprechend reagieren - konnten Recht und Gesetz auf die Sprünge helfen.

Das Video zur Rede finden Sie hier:

http://www.mechthild-rawert.de/kategorien/im_bundestag/rede_n_im_plenum



Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen

Das Problem der Korruption ist leider auch im deutschen Gesundheitssystem verbreitet und verursacht einen immensen Schaden. Deshalb haben wir als SPD-Bundestagsfraktion unseren Antrag „Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen“ (Drs. 17/3685) in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Damit stellen wir nicht alle ÄrztInnen unter Generalverdacht, wie es Schwarz-Gelb in der Debatte behauptet, sondern verweisen auf reale Missstände.



Neben der Verschwendung von Versichertengeldern geht es auch um die Sicherheit der PatientInnen. Diesen drohen zum Teil lebensgefährliche Nachteile bei der Behandlung, wenn z. B. für die Auswahl einer Krebstherapie nicht die medizinischen Erfordernisse den Ausschlag geben, sondern mögliche Geldzahlungen an den behandelnden Arzt. Es ist aber so, dass einige ÄrztInnen von Pharmafirmen Geld erhalten, wenn sie PatientInnen bestimmte Medikamente verordnen. Es werden nicht erbrachte Leistungen abgerechnet oder sie erhalten von Krankenhäusern sogenannte „Fangprämien“ für die überwiesenen PatientInnen. ExpertInnen schätzen, dass die Verluste zwischen 3 und 10 Prozent der Gesundheitsausgaben betragen. Das wären in Deutschland alleine bei den gesetzlichen Krankenkassen zwischen 5 und 18 Mrd. Euro pro Jahr.

Ein Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion zur Eindämmung der Korruption und zur Verbesserung der Transparenz wurde von der CDU/CSU in der letzten Legislaturperiode leider verhindert.

Schwarzen Schafen das Handwerk legen

Wir fordern die Bundesregierung in unserem Antrag auf, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die Korruptionshandlungen niedergelassener Vertragsärzte als Straftatbestände darstellen und systematische Falschabrechnungen von Krankenhäusern mit spürbaren Sanktionen ahnden lassen. Wir fordern außerdem die Einrichtung besonders qualifizierter Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Ermittlungsgruppen bei der Kriminalpolizei zur Verfolgung von Korruption im Gesundheitswesen durch die Länder.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



Fachgespräch mit ExpertInnen zur Reform der Pflegeausbildung



Zusammen mit meiner Kollegin Petra Crone aus dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erarbeite ich derzeit für die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier zur Reform der Ausbildung in Kranken, Alten- und Kinderkrankenpflege. Wir wollen das in der Praxis vor Ort längst gegebene neue Denken „rund um die Pflegeausbildung“ in die parlamentarische Beratung bringen.

Unsere Ziele dabei sind:

- die Zusammenführung der unterschiedlichen Pflegeberufe in einem einheitlichen Berufsgesetz
- eine solidarische Reform der Finanzierung der Ausbildungen durch eine Umlagefinanzierung bzw. Einrichtung eines Ausbildungsfonds „Pflegeausbildung“
- die Steigerung der vertikalen und horizontalen Durchlässigkeit im Feld des Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesens
- die Sicherung der nationalen und internationalen Vergleichbarkeit und der europaweiten Anerkennung eines neu geschaffenen Berufsbildes Pflege
- die Stärkung der akademischen Aus- und Weiterbildungsangebote.

Wir verbinden mit einem neuen Berufsgesetz vielfältige Erwartungen und Hoffnungen. Wir glauben, mit einer modernisierten Ausbildungsstruktur, Grundlagen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu leisten. Wir wollen gewährleisten, dass die in verschiedenen Tätigkeitfeldern ausgebildeten Fachkräfte auch ein Leben lang im Feld der Pflege bleiben können. Wir wollen der vorhandenen Expertise aus der Pflege Gehör verschaffen.

Am 26. Mai habe ich zahlreiche ExpertInnen von Berufsverbänden, Ausbildungsstätten, Trägern und Gewerkschaften zu einem ersten Fachgespräch eingeladen. Teilgenommen haben u.a. Vertreterinnen des Deutschen Pflegerats, von ver.di, vom AWO Bundesverband und von Katholischen Krankenhausverbänden. Der Abgleich eigener Positionen mit der Expertise „aus der Praxis“ ist mir im Interesse von Beschäftigten, aber auch von PatientInnen ausgesprochen wichtig.

Zukünftig erhöhte Anforderungen an Pflegefachkräfte

Die gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsnotwendigkeiten und -ansprüche ändern sich in einem rasanten Tempo. Professionelle Pflegefachkräfte müssen deshalb eine fundierte Ausbildung erhalten, um in einem sich dynamisch verändernden Gesundheits- und Pflegewesen,

in unterschiedlichen Settings, arbeiten zu können. Sie benötigen vor der Spezialisierung eine breite Grundausbildung.

Für mich ist klar, dass auch die Finanzierung der Ausbildung einer Reform bedarf. Hier sind sowohl der Bund als auch die einzelnen Bundesländer gefordert. Meines Erachtens muss künftig auch diese Ausbildung für die Auszubildenden generell kostenfrei sein. Schulgeld ist bildungspolitisch nicht mehr angesagt.

Auch sollen ausbildende Einrichtungen nicht den Mehraufwand einer Ausbildung allein tragen müssen, d.h. nicht-ausbildende Einrichtungen sollen an der Finanzierung der Ausbildung und Ausbildungsvergütung beteiligt werden.

Dieses erste Fachgespräch hat weiteren intensiven Diskussionsbedarf deutlich gemacht. Wir werden unsere ExpertInnengespräche fortsetzen.

Im März 2010 wurde vom damaligen Bundesgesundheitsminister Rösler eine Bund-Länder-Kommission zu Neuordnung der Pflegeberufe eingesetzt. Ergebnisse liegen bisher nicht vor. Seitens der Regierungsfractionen wurde erklärt, dass mit jedweden Änderungen im Feld der Pflege nicht vor 2012 zu rechnen sei. Das „Jahr der Pflege“ des alten Bundesgesundheitsministers Rösler wird wohl zum Flop.

■ Inklusion: Behindertenrechte

Die UN-Behindertenrechtskonvention:

Gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen muss Wirklichkeit werden

Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde 2009 ratifiziert und muss endlich umgesetzt werden. Die SPD ist die erste politische Kraft im Deutschen Bundestag, die eine umfassende Positionierung zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) vorlegt. Das Positionspapier der SPD ist aus Anhörungen mit ExpertInnen und Verbänden entstanden und hat die Betroffenen in den Mittelpunkt gerückt. Ganz nach dem Motto der UN-Konvention „Nichts ohne uns über uns“.



Die Bundesregierung hatte einen Nationalen Aktionsplan für März 2011 angekündigt. Bisher liegt nur ein Referentenentwurf vor, der von den Betroffenen weitgehend abgelehnt wird. Über 10% der Bevölkerung ist heute direkt von Behinderung betroffen. Diese Menschen besitzen

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



ebenfalls das Recht, an allen Aspekten der Gesellschaft von Anfang an und gleichberechtigt teilzuhaben.

Für das Gesundheitswesen spricht die UN-BRK eine klare Sprache: Alle Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf eine bedarfsgerechte und flächendeckende gesundheitliche Versorgung. Im Alltag erleben viele PatientInnen mit Behinderungen jedoch noch immer - teils massive - Ausgrenzungen und Barrieren in vielfältiger Form. Diese Barrieren sind multidimensional und existieren in struktureller, mentaler und kommunikativer Art.

Zu den strukturellen Barrieren des deutschen Gesundheitssystems gehören beispielsweise nicht-barrierefreie Arztpraxen, nicht-behindertengerechte Praxisausstattungen oder ungenügende Assistenz in der stationären Versorgung. Deswegen fordere ich ein Sofortprogramm des Bundes für den barriere-freien Umbau von 100.000 Gesundheitseinrichtungen wie Arztpraxen, Krankenhäuser, Physio- und Ergotherapie-praxen und Rehabilitationseinrichtungen.

Auch mentale und kommunikative Barrieren gehören abgebaut. Dazu muss ein gesellschaftliches und persönliches Umdenken aller Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen erfolgen. Dies muss sich auch in der Ausbildung von Gesundheits- und Pflegeberufen niederschlagen. Wir wollen ein inklusives System, in dem Menschen mit Behinderung auf gleicher Augenhöhe behandelt werden. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Handlungsbedarf im Angebot und bei der Bewilligungspraxis an rehabilitativen Leistungen. Restriktive Leistungsbewilligungen von Kostenträgern in der Rehabilitation sind an der Tagesordnung. AntragsstellerInnen werden in großer Zahl von Behörde zu Behörde weiterverwiesen und befinden sich oft in einem institutionellen Verschiebebahnhof. Um diese Situation zu verbessern, haben wir eine Reihe von Vorschlägen entwickelt. Diese werde ich in einen Antrag in die SPD-Bundestagsfraktion einbringen.

Ein auf dem Gedanken der Solidarität und Beitragsparität organisiertes Gesundheitswesen liegt im Interesse von chronisch Kranken, behinderten und pflegebedürftigen Menschen. Daher tritt die SPD für eine solidarische Bürgerversicherung ein.

Die Umsetzung der UN-BRK im Gesundheitswesen muss unter Beteiligung der Betroffenen und ihrer Verbände erfolgen und deren Rechte stärken. Darauf wird die SPD-Bundestagsfraktion drängen.

■ Migration und Integration

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse



Der von der Bundesregierung vorgelegte „Gesetzentwurf zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ bedarf dringender Nachbesserungen. Neben vielen noch zu klärenden Aspekten ist die notwendige finanzielle Ausgestaltung noch ein großes Rätsel.

Die AG Migration/Integration der SPD-Bundestagsfraktion hat am 27.05. ihre Diskussion über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen u.a. mit Herrn Woweries von der IHK Berlin und Herrn Nehls vom DGB Bundesvorstand fortgesetzt. Fakt ist, dass die Ende 2009 vorgelegten Eckpunkte weitreichender waren als der nun vorgelegte Gesetzentwurf. Zeitgleich debattierte der Bundesrat über dieses Gesetz (Bundesrats-Dr. 11/211 vom 15.04.2011).

Darin, dass ein Gesetz zur Anerkennung der ausländischen Berufsqualifizierungen längst überfällig ist, sind sich alle einig. Weniger klar ist, ob nun der vorgelegte Gesetzentwurf die Teilhabe und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt wirklich garantiert. Denn viele Einzelfragen sind schwierig zu lösen und vom Prinzip her noch nicht beantwortet. Wer soll die Anerkennung prüfen und wie? Was liegt beim Bund, was bei den Ländern? Liegt eine Entscheidung im Ermessen der Prüfstelle, wenn beispielsweise Kriegsflüchtlinge keine vollständigen Papiere vorlegen können, oder gibt es dann andere Prüfverfahren? Müssen AntragstellerInnen die Kosten der Prüfung vollständig selber tragen? Und nützen ihnen diese überhaupt auf dem hiesigen Arbeitsmarkt, wenn er oder sie keine hundertprozentige Anerkennung erhält?

Viele offene Fragen

Die meisten AntragstellerInnen werden - so die Prognose - keine sogenannte volle Gleichwertigkeitsbescheinigung erhalten, weil die Ausbildungsgänge anderer Länder sich zu sehr von unseren Ausbildungsordnungen unterscheiden. Die dann folgenden Teilanerkennungen von Berufsabschlüssen bringen den AntragstellerInnen als auch den Betrieben allerdings nur dann beruflichen Erfolg und Sicherheit, wenn zielgenaue und ausreichende Angebote für Nachqualifizierungen geschaffen werden. Deren Finanzierung, Ausgestaltung und Koordinierung ist im Gesetzestext nicht geregelt. Einige DiskussionsteilnehmerInnen teilten die Sorge des DGB, dass eine Ungleichbehandlung mit in Deutschland erworbenen Teilqualifizierungen entstehen

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

könnte, z.B. bei AusbildungsabbrecherInnen - immerhin 20 Prozent aller Auszubildenden. Also viel Nachbesserungsbedarf bei den konkreten Ausgestaltungen des Gesetzes, obwohl sich die Bundesregierung viel Zeit für den Entwurf gelassen hat!

Besserung auch für das Gesundheitswesen?

Auch Arbeitgeber im Gesundheits- und Sozialbereich hoffen mit diesem Gesetz, vorhandenen Fachkräftemangel reduzieren zu können. In welchem Ausmaß dieses hier allerdings überhaupt für diesen Sektor zu Lösungen führen kann, muss erst noch intensiv geprüft werden. Ich werde mich darum kümmern.

■ Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz

Wale, Delfine, Robben

Zu Zeiten der Großen Koalition war ich Berichterstatterin für Wale, Delfine und Robben im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Als solche habe ich zusammen mit Tierschützern, vor allem Karsten Brensing, Meeresbiologe von der WDCC, einer internationalen Wal- und Delfin-Schutzorganisation, gegen das Delfinarium und dessen millionenschweren Ausbau zu einer Delfin-Lagune im Nürnberger Zoo protestiert. In Nürnberg sind immer wieder Delfine verstorben. Allein zwischen Mai 2006 und Juni 2007 waren es fünf Jungtiere. Auch deshalb war und bin ich nicht davon überzeugt, dass eine artgerechte Haltung in dieser Beckenlandschaft möglich ist.



Von den verantwortlichen MinisterInnen Horst Seehofer und Ilse Aigner hatte ich ein allgemeines Säugetiergutachten gefordert, in dem Standards zur artgerechten Haltung von Tieren in Zoos und Tierparks festgelegt werden. Mit dieser Forderung bin ich immer abgeschmettert worden.

Daher erfreut mich das aktuelle Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. Den TierschützerInnen muss auf Grundlage des Umweltinformationsgesetzes nun Akteneinsicht gewährt werden. Grund der Klage war auch, dass für das 24 Millionen schwere Projekt im Vorfeld kein unabhängiges Gutachten zur Tierhaltung erstellt worden ist.

■ Aus dem Bundestag

Regierungserklärung zum G8-Gipfel in Deauville



Am 26. Mai hat die Kanzlerin im Vorfeld des G8-Gipfels in Deauville vom 26. bis 27. Mai eine Regierungserklärung abgegeben. Die Themen des Gipfels waren Fukushima, die Lage in Nordafrika und Sicherheitsfragen im Internet.

Die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum Gipfel war ein leidenschaftsloser Rechenschaftsbericht. Auf keine der brennenden Fragen hat die Regierung eine Antwort. Deutschland wird so bei wichtigen Entscheidungen immer mehr an den europäischen Rand gedrängt. Die Bundeskanzlerin fährt ohne einen substanziellen Beitrag Deutschlands zum G8-Gipfel und kehrt somit wiederum mit demselben Ergebnis von Gipfeltreffen zurück: „Nichts in der Hand, aber alle gegen sich.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende und frühere Außenminister Frank-Walter Steinmeier warnt vor dem Ansehensverlust, der damit für Deutschland verbunden ist. Darüber hinaus fordert er eine aktivere Rolle Deutschlands zur Lösung des Nahost-Konflikts ein. Das Nein von Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu zu der Friedensinitiative des US-Präsidenten Obamas auf der Grundlage der Grenzen von 1967 „könnte eine neue Runde im Nahost-Konflikt eingeleitet haben“, sagte Steinmeier. Die öffentliche Festlegung auf ein Nein Deutschlands zur Abstimmung über ein unabhängiges Palästina in der UN-Generalversammlung ist zum jetzigen Zeitpunkt eine Art „Carte Blanche“ für alle, die keine Verhandlungen wollten.

Für eine echte Entwicklungspartnerschaft

Der Umbruch in Nordafrika und der arabischen Welt ist wahrscheinlich der einschneidendste Wandel in der internationalen Politik seit dem Fall der Mauer und er vollzieht sich in der engsten Nachbarschaft zu Europa. Dennoch ist Europa außer Stande, eine kraftvolle Antwort zu finden. Wenn die Umwälzungen für einen Großteil der Bevölkerungen mehr Arbeitslosigkeit oder mehr Armut bedeuten, ist die Zukunft in dieser Region höchst ungewiss. Daher ist eine echte Entwicklungspartnerschaft mit der Maghreb-Region notwendig. Bereits in unserem Antrag „Reformprozesse in Nordafrika und Nahost umfassend fördern“ (Drs. 17/4849) forderte die SPD-Bundestagsfraktion eine Initiative in der Qualität eines Marshall-Plans. Doch außer lauen Ankündigungen hat die Bundesregierung dazu nichts im Gepäck.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



Zuhören reicht nicht

Zu kritisieren ist auch der Verzicht der Bundesregierung, einen eigenen Kandidaten für den Chefposten beim Internationalen Währungsfonds ins Rennen zu schicken. Zudem fordern wir eine Initiative der Bundesregierung beim G8-Gipfel, weltweite Mindeststandards von Kernkraftwerken zu vereinbaren. Zuhören und begrüßen, das ist nicht das, was wir von der Bundesregierung von solchen Gipfeln erwarten.

Bundestagswahlgesetz ändern

Weil das Bundesverfassungsgericht das negative Stimmgewicht der Zweitstimme eines Wählers für verfassungswidrig erklärt hat, und auch die steigende Zahl von Überhangmandaten kritisiert, haben wir einen „Entwurf eines Neunzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundestagswahlgesetzes“ (Drs. 17/5895) vorgelegt, der Abhilfe schaffen soll und dem Wählerwillen gerecht werden will. Unser Gesetzentwurf schlägt Ausgleichsmandate für Überhangmandate vor. Die Zahl der Abgeordneten würde dadurch soweit angepasst, dass Überhangmandate im Verhältnis der Parteien zueinander vollständig ausgeglichen werden. Des Weiteren schlagen wir die Wiederbesetzung aller frei werdenden Mandate durch Listennachfolger vor. Nachwahlen sollen nach Möglichkeit vermieden werden, indem an die Stelle eines vor der Wahl wegfallenden Wahlkreisbewerbers jeweils der erste Landeslistenkandidat tritt, der sich nicht in einem Wahlkreis bewirbt.



Klagen gegen Kinderlärm verhindert



Kinderlärm gehört zum Leben und kann nicht mit Verkehrs- oder Industrielärm gleichgesetzt werden. In der Vergangenheit haben AnwohnerInnen wegen Kinderlärm gegen Kindertageseinrichtungen und Baugenehmigungen geklagt und in Einzelfällen die Schließung dieser Einrichtungen erreicht- so auch in meinem Kiez Friedenau.

Wir fordern die Regierung in unserem Antrag „Kinderlärm - Kein Grund zur Klage“ (Drs. 17/881) dazu auf, ein politisches Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft zu geben und gesetzliche Regelungen zur Einordnung von Kinderlärm zu schaffen.

Der Bundestag hat schließlich am 26. Mai die zusammengeführten Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes einstimmig angenommen. Damit soll nun sichergestellt werden, dass

Kinderlärm, der von Kindertageseinrichtungen, Spielplätzen und ähnlichen Einrichtungen hervorgerufen wird, im Regelfall nicht als schädliche Umwelteinwirkung gilt und dass der Ausbau der Kinderbetreuung erleichtert wird. Zu einer Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches wird es leider nicht kommen.

Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ erweitern

Bei der Benennung der Sachverständigen für die Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ haben alle Bundestagsfraktionen ausschließlich männliche Sachverständige benannt. Dies spiegelt weder die gesellschaftlichen Verhältnisse wider, noch bindet es die Kompetenzen, Erfahrungen und Sichtweisen von Expertinnen ein.



In einem Gruppenantrag (Dr. 17/5885) fordern wir die Regierung dazu auf, acht zusätzliche weibliche Sachverständige in die Kommission zu berufen. Die Fraktion der CDU/CSU soll dabei drei, die Fraktion der SPD zwei, die Fraktionen von FDP, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen jeweils eine Sachverständige benennen. Bei künftigen Einsetzungen von Enquête-Kommissionen ist die Sachverständigenseite entsprechend mit Frauen und Männern zu besetzen.

Teilhabe Älterer am Arbeitsleben ermöglichen



Dass wir eine Anhebung des Renteneintrittsalters brauchen, um das Rentensystem stabil zu halten, findet inzwischen zunehmend Akzeptanz. Um die gewünschten Effekte auch zu erreichen, will die SPD-Fraktion eine stufenweise Anhebung des Eintrittsalters. Wann diese Anhebung beginnt, soll aber - wie im Gesetzestext mit der sogenannten Überprüfungs Klausel auch vorgesehen - von der Entwicklung der Arbeitsmarktlage und der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abhängig sein. Zwar hat sich die Beschäftigungsquote Älterer in vergangenen Jahren verbessert, die Bedingungen zur Anhebung sind jedoch noch nicht so weit erfüllt, dass 2012 mit der Anhebung begonnen werden kann.

Unser Vorschlag im Antrag „Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen - Arbeitsbedingungen verbessern -

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

Rentenzugang flexibilisieren“ (Dr. 17/3995) ist deshalb: Erst nach Vorlage des nächsten Regierungsberichts 2014 über eine Einführung zu entscheiden, die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre jetzt aussetzen.

Namentliche Abstimmungen

Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland

Am 26. Mai hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit in Namentlicher Abstimmung dem Antrag „Für eine gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland“ zugestimmt. Auch ich habe wie die meisten meiner FraktionskollegInnen mit Ja gestimmt.



Das Angleichungsgebot des Art. 30 Abs. 5 Satz 3 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 zielt auf die Angleichung der Rente in den alten und neuen Ländern. Herstellung werden sollen einheitliche Lebensverhältnisse für die RentnerInnen über die Angleichung der Löhne und Gehälter. Leider ist dies angesichts der wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland bis dato nicht gelungen. Unterschiedliche Rentenwerte sind dennoch nicht mehr hinnehmbar. Den Ostdeutschen fehlen 11 Prozent ihrer Rente; für den sogenannten „Eckrentner Ost“ sind das 139 Euro im Monat. Wir haben dem Antrag auf Rentenangleichung zugestimmt, um diese Ungerechtigkeit jetzt zu beenden.

Arbeitnehmerüberlassungsgesetz & Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz



Ebenfalls am 26. Mai wurde namentlich über die Entwürfe zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, Drs. 17/5761 und 17/5960, der Regierung abgestimmt. Wir SozialdemokratInnen haben zumeist mit Ja gestimmt.

Die vorherige Debatte hat sehr deutlich gemacht, dass wir die Gesetzesvorlagen der Regierung nicht für gut sondern nur für „besser als nichts“ halten. Zugestimmt habe auch ich im Interesse der LeiharbeiterInnen. Drei Viertel von ihnen arbeiten unter der Niedriglohnschwelle. Jede achte LeiharbeiterIn erhält Aufstockungsleistungen nach dem SGB II.

Letztendlich werden wir die Probleme in der Leiharbeit nur lösen, wenn wir endlich die gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit durchsetzen. Weiterhin müssen Leiharbeitsverhältnisse entfristet werden. Betriebsräte in den Entleiherbetrieben brauchen mehr Mitbestimmungs-

rechte. Erst dann könnten wir mit einem Gesetz zur Arbeitnehmerüberlassung zufrieden sein.

■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

Für eine vielfältigere SPD

„Für eine vielfältigere SPD - mehr Migrantinnen und Migranten in Mandate“ lautete das Motto der Fachkonferenz mit SPD-MandaträgerInnen und Mitgliedern mit und ohne Migrationsbiografie am 28. Mai im Willy-Brandt-Haus.



Die SPD ist und bleibt die Partei für kulturelle Vielfalt, Anerkennung und Partizipation in Deutschland. Wir wollen durch unsere Politik die Teilhabe aller stärken. Wir stellen uns dieser Aufgabe und bauen die Willkommens- und Anerkennungskultur in unserer Partei aus. Unsere politische Botschaft: Wir wollen noch mehr Mitglieder mit Migrationsbiografie in Ämtern und Mandaten!

Wir sehen die vielen Chancen, die in der Vielfalt und Buntheit unseres Einwanderungslandes Deutschland liegen. Ohne die in den letzten 50 bis 60 Jahren als MigrantInnen oder SpätaussiedlerInnen gekommenen Menschen wäre unser Land ärmer - sowohl an Wohlstand als auch an Lebensqualität. Gemeinsam sehen wir die Herausforderungen, die in der Vielfalt liegen und wollen daher das gegenseitige Kennenlernen „quer über alle Milieus“ hinweg stärken.

Fakt ist: Die diskriminierenden Thesen und Aussagen eines Thilo Sarrazin sind für uns nicht akzeptabel und entsprechen auch nicht den Grundsätzen und dem Wesen sozialdemokratischer Politik.

Ausstellungseröffnung: „22:14 und es kamen Frauen“



Am 27. Mai wurde durch Ingo Siebert, Leiter des August-Bebel- Instituts, Gabriele Gün Tank, Integrationsbeauftragte von Tempelhof-Schöneberg, und mir die beeindruckende Ausstellung „22:14 und es kamen Frauen“ im Kurt-Schumacher-Haus eröffnet. Die Lebensgeschichten der Frauen zeigen, wie wichtig ihr Beitrag zum Wohlstand und Lebensqualität, zur Vielfalt in Deutschland war. Ihr Leben muss sichtbar gemacht werden und eine Würdigung zu erfahren.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

Die Ausstellung zeichnet in beeindruckenden Porträts die Geschichte der Arbeitsmigration von Frauen nach, die zwischen 1968 und 1973 aus der Türkei nach Deutschland kamen, um hier ein besseres Leben zu führen. Die Ausstellung greift ein Thema auf, dass - wie bei Frauenthemen leider häufiger - bislang sträflich vernachlässigt wurde, obwohl es für unsere Gesellschaft eine so große Bedeutung hat:

Frauen als sogenannte „Gast- oder Fremdarbeiterinnen“ waren für die Deutsche Wirtschaft gerade deshalb so überaus interessant, weil sie als ungelernete Kräfte noch weniger Lohn kosteten als ihre männlichen Kollegen. Und da man(n) sich gern der Illusion hingab (und -gibt), Frauen seien allerhöchstens Zuverdienerinnen, an deren Niedriglöhnen nicht die Existenz und der soziale Status einer ganzen Familie hängt, war der moralische Druck gegen diese Ungerechtigkeit vorzugehen, nie besonders hoch. Arbeitsmigrantinnen der ersten Generation teilen damit das Schicksal vieler berufstätiger Frauen aus Deutschland bis heute!

Nachdem es zuerst viele innerdeutsche Ost-West-PendlerInnen in Berlin gab, wurde seit Mitte der 60er Jahre nach dem Mauerbau hier vor allem Griechen und Türken für die Industriearbeit angeworben. Zwischen 1961 und 1971 stieg der Anteil der sogenannten „Gastarbeiter“ an den Arbeitskräften in Gesamt-Deutschland von 1,5 auf 10,3 Prozent. Der Anteil der AusländerInnen an der Bevölkerung Berlins lag 1970 bei rund 80.000 (das sind 3,8% der Bevölkerung), bis 1990 waren es dann 260.000 Menschen (12,2%). Dass ein Drittel dieser Migrantinnen waren, ist nicht mal in den üblichen Statistiken richtig erfasst.

Die Ausstellung ist bis zum 27. Juni in der Galerie des August Bebel Instituts, Müllerstr. 163, 13353 Berlin-Wedding, zu besuchen. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, 14–18 Uhr. Näheres erfahren Sie unter: <http://www.august-bebel-institut.de>



Unser Grundgesetz lebt

Zusammen mit Gästen aus Politik und Zivilgesellschaft beging der Jugendkongress „Mach mit! Jugend aktiv für Demokratie und Toleranz“ mit seinen über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am 23. Mai im Haus der Kulturen wieder einen lebhaften und schwungvollen Festakt zum Tag des Grundgesetzes.



Wieder dabei war das Improtheater Steife Brise sowie Sebastian Krumbiegel von der Band „Die Prinzen“.

Wie in den vergangenen Jahren wurden durch das „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ Menschen und Projekte zu „Botschaftern der Demokratie und Toleranz 2011“ benannt. Sie alle haben sich durch zivilgesellschaftliches Engagement in besonderer Weise um die Werte einer freiheitlichen und toleranten Gesellschaft verdient gemacht.

Mich hat sehr gefreut, dass dieses Jahr zwei Berliner „Institutionen“ zu den ausgewählten Botschaftern gehören: Gratulieren konnte ich dem neuem Botschafter für Demokratie und Toleranz Kazim Erdogan, Psychologe und Gründungstifter der Bürgerstiftung Neukölln. Kazim Erdogan hat zahlreiche Initiativen ins Leben gerufen, bundesweit bekannt wurde die türkische Vätergruppe. Er initiierte auch die Neuköllner Woche der Sprache und des Lesens, an der im letzten Jahr 16.000 Menschen allein aus Neukölln teilnahmen und die er nun auf alle Bezirke Berlins ausweiten möchte. Sein Ruf soll nicht unverhallt bleiben. Ich finde diesen Gedanken hervorragend und will ihn gerne unterstützen.

Gratulieren konnte ich auch Mitgliedern des Projektes StreetUniverCity e.V., die beweisen, dass Bildung keineswegs etwas Elitäres ist. In Bereichen wie politische Bildung, Kompetenz und Kreativität bietet der Verein Jugendlichen Seminare an - aber in entsprechender Sprache und Form. Für diese Jugendliche stark ansprechend ist, dass sie das Gelernte oder anders ausgedrückt ihre Potentiale im Anschluss berühmten KünstlerInnen präsentieren. Wie Kreativ-Projekte aussehen können, wurde auf der Bühne gleich demonstriert. Gerockt wurde „freestyle“, also ohne Vorbereitung. Ich war beeindruckt über so viel Schwung.

Weitere BotschafterInnen wurden benannt, die eine unglaubliche Arbeit leisten und so Vorbilder für zivilgesellschaftliches Engagement für alle sind. Jelena Duvnjak, meine Praktikantin aus Serbien, sagte zum Schluss: „Deutschland kann sich glücklich schätzen, so vor Augen zu haben, wie mit Hilfe von Eigeninitiativen das Grundgesetz vor Ort so lebendig und direkt gelebt wird.“



Innovative Tempelhofer Ventilatorentechnik in Mobilfunk-sendeanlagen

Drei Berliner Schornsteinfeger reisen

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

nach Australien, prüfen die von einem dortigen Unternehmen entwickelten energiesparenden Ventilatoren, setzen sich mit der University of Technology, Sydney, in Verbindung und planen dann eine Unternehmensgründung. Die Gründung von Ventfair erfolgte 2008 mit dem Ziel der Weiterentwicklung dieses energiesparenden Lüfters für den Einsatz in ganz Mitteleuropa.

In meinem Grußwort habe ich den drei ehemals als Bezirksschornsteinfeger tätigen Handwerksmeistern für ihre Treue zu Berlin und ihre innovativen Ideen gedankt. Das Umdenken hin zu einer nachhaltigen Energieeffizienz sei auch im Handwerk nötig. Die Modernisierung und Neuorientierung handwerklicher Berufsbilder werde durch Vorbilder wie Ventfair vorangetrieben. Mit Applaus entgegengenommen wurde mein Hinweis, dass innovative Unternehmen wie Ventfair auch Stellen und Ausbildungsplätze für Frauen zu schaffen habe. So hat Handwerk Zukunft.

Das Tempelhofer Start-up Unternehmens Ventfair und E-plus haben am 18. Mai einen „Letter of Intent“ in Gegenwart von PolitikerInnen fast aller Fraktionen unterzeichnet. Produziert wird eine innovative Ventilatorentechnik und 10 neue Arbeitsplätze sollen geschaffen werden. Für den Sommer wurde mein Besuch des Unternehmens vereinbart.

Europa-Projekttag in Schulen

„Holt euch die Politikerinnen und Politiker in die Schulen“ war das Motto des EU-Projekttag am 16. Mai.



Ich bin nicht zum ersten Mal Gast im bbw, wo junge Menschen in über 20 anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung ausgebildet werden. Die Auszubildenden wollten u.a. wissen, welche Möglichkeiten junge Menschen ohne Studium haben, im europäischen Ausland zu arbeiten. Sie wünschen sich eine Politik, die in gute Arbeitsbedingungen und in Bildung investiert - also in die Menschen.

Mir war wichtig herauszustellen, dass unser Europa - mittlerweile 27 Mitgliedstaaten mit fast 500 Millionen Menschen - nicht nur Wirtschafts- und Währungsunion sondern vor allem eine Friedens- und Wohlstandsgemeinschaft ist. Wir SozialdemokratInnen kämpfen für ein politisch starkes soziales Europa. Wir wollen dieses „Soziale Europa“ als gestaltende Kraft in der Globalisierung. Dazu gehört für mich auch die wechselseitige

Anerkennung von Ausbildungs- und Studienabschlüssen, gehören freie Grenzen.

Die SchülerInnen der Löcknitz-Grundschule machten es umgekehrt: Sie besuchten mich im Deutschen Bundestag. Ein Highlight ist immer der Besuch der Kuppel. Diskussionsthema war hier u.a. die Europa-Fahne: Die goldenen Sterne stehen für Solidarität und Harmonie zwischen den europäischen Völkern und es sind zwölf Sterne, weil die Zwölf das Symbol der Vollkommenheit, Vollständigkeit und Einheit sind.

■ Terminhinweise



08. Juni: 17 – 18:30 Uhr

- **Öffentliche Pressekonferenz zur Präsentation des Buches „Nach Gaza - Zivilgesellschaft und internationale Politik“**

Herzlich eingeladen sind auch JournalistInnen. Vorge stellt wird das von Mechthild Rawert, Christian Sterzing und Kathrin Vogler herausgegebene Buch „Nach Gaza - Zivilgesellschaft und internationale Politik“ (ISBN 978-3-86575-019-8).

Anmeldung ist bis zum **6. Juni** aufgrund der Sicherheitsbestimmungen des Deutschen Bundestages unumgänglich:

Telefon: (030) 227-73750, Telefax: (030) 227-76250,
eMail: mechthild.rawert@bundestag.de
Deutscher Bundestag

20. Juni: 18 - 20 Uhr

- **Nur für Frauen: Forum zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses**

Aus Anlass der Berlin-Wahl veranstalten das Frauennetzwerk "Meet me in Mitte" und der LandesFrauenRat Berlin e.V., in dem Mechthild Rawert Vorstandsmitglied ist, ein Wahlforum mit den Spitzenkandidaten der Parteien. Für einen Imbiss und Getränke, ist ein Kostenbeitrag von 10 € an das Hotel zu zahlen.

ANMELDUNG bis zum 31. Mai 2011 unter:

eMail: lfr-berlin@t-online.de
Hotel Ritz-Carlton, Ballsaal
Potsdamer Platz 3, 10785 Berlin

Juni 2011:

- **Auf ein Wort mit Mechthild Rawert**

Auch Juni 2011 lade ich engagierte MultiplikatorInnen aus meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg zu thematischen Sommerfrühstücken ein. Damit setze ich meine Tradition der Sommerfrühstücke „Auf ein Wort

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 10

Frau Rawert“ aus den vergangenen Jahren fort. In entspannter Atmosphäre möchte ich erfahren, wo der Schuh drückt. Im Austausch und Dialog kann ich wichtige Impulse für meine politische Arbeit im Bundestag mitnehmen. Dieses Jahr werde ich die Sommerfrühstücke zu folgenden Themen durchführen:

- Gesundheit & Inklusion
- SeniorInnen & Pflege
- Migration & Integration
- Strategien gegen Rechtspopulismus
- Queer-Community

Die Sommerfrühstücke sind auch für die TeilnehmerInnen immer auch eine gute Gelegenheit, sich selbst anderen Vereinen und Verbänden zu präsentieren, beziehungsweise andere AkteurInnen kennenzulernen. Für eine spätere Vernetzung ist das eine wichtige Voraussetzung.

Für weitere **Informationen** oder **Anmeldungen** wenden Sie sich bitte an mein **Wahlkreisbüro**.

27. Juni: 18 - 21 Uhr

• **Fraktion vor Ort: Beschäftigungsfähigkeit für ALLE sichern**

Die demographische Entwicklung wird, so die Einschätzung aller Experten zu einem schwerwiegenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland führen. In einigen Branchen wie im Gesundheitswesen und der Pflege ist der Fachkräftemangel schon jetzt spürbar. Die SPD-Bundestagsfraktion hat umfangreiche Konzepte zu mehr Beschäftigung vorgelegt. Schwarz-Gelb setzt stattdessen auf die Reduzierung der Arbeitsmarktmittel für Langzeitarbeitslose und Menschen mit höheren Vermittlungshemmnissen. Die Spielräume und Handlungsfelder aktiver Arbeits- und Sozialpolitik auf dem Hintergrund der Kürzungen wollen wir diskutieren.

ANMELDUNG bis zum 20. Juni 2011 unter:

Telefon: (030) 227-73750, Telefax: (030) 227-76250,

eMail: mechthild.rawert@bundestag.de

Wilhelm-Leuschner-Saal im DGB-Haus

Kleiststr. 19-21, 10787 Berlin



Weitere Termin-Infos unter:

www.mechthild-rawert.de/date-browser

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.



Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030/227 737 50

Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86

12099 Berlin

Tel: 030/720 13 884

Fax: 030/720 13 994

eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.



www.mechthild-rawert.de



www.facebook.com/mechthild.rawert



www.flickr.com/photos/mechthild-rawert

1) Der QR-Code beinhaltet den Link auf unsere Homepage. Er ist zu lesen mit einem Smartphone, das über eine entsprechende App verfügt. Ein Reader ist z.B. zu finden unter: <http://reader.kaywa.com/getit>

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

